

Dresdner Volkszeitung

Hilfsredaktion: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Ed. Saden, Dresden.
Auf der Neuen, Angerstraße und
Neumann, R. O. S., Dresden.
Gedr. Kersch, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit der nächsten Unterhaltungszeitung: 2 Mark, halbjährlich 10 Mark, Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Verlagsleitung: Wetzlarstraße 10, Fernsprecher Nr. 2261. Sprechstunden von Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsredaktion: Wetzlarstraße 10, Fernsprecher Nr. 2261 und 1270. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Normzeile 8 Pf., die 30 mm breite Normzeile 200 Pf., für ausserordentliche Anzeigen 10 Pf. und 250 Pf. pro Zeile. Sonntags- und Feiertagspreise 40 Pf. Rabatt. Für Briefbeantwortung 10 Pf.

Nr. 31

Dresden, Montag den 6. Februar 1928

39. Jahrg.

NSD. und Hakenkreuz

In seinem Rundschreiben gegen die NSD. begründet der Bundesvorstand des Reichsbanners seine Entscheidung gegen das nationalsozialistische Gründchen mit zwei Punkten: in der NSD. sind nationalsozialistische Tendenzen herrschend geworden, die den Grundfäden des Reichsbanners widersprechen, und die Gruppe hat ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie über das Reich ausgedehnt. Die Tätigkeit des letzteren Arguments ist von einem Teil der bürgerlichen Presse heftig angefochten worden. In der neuen Nummer der Reichsbannerzeitung wird nunmehr ein Kommentar dazu gegeben. Darin wird betont, daß sich das Reichsbanner selbstverständlich nicht um Kampfe kümmern kann, die zwischen den Reichsbannerparteien entstehen, daß jedoch die NSD. ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie „im Bunde mit den schärfsten Gegnern der Republik“ führt. Es wäre wünschenswert gewesen, daß der Magdeburger Bundesvorstand dieses Kommen schon in seinem Rundschreiben schärfer hervorzuheben hätte. Denn das ist es, worauf es ankommt und damit wird der Standpunkt des Bundesvorstandes für Republikaner u. U. unanfechtbar. Wir geben hier den Kommentar der Reichsbannerzeitung wieder:

„Solange die NSD. sich auf Sachsen beschränkte und ihre Führer an den staatspolitischen Auffassungen festhielten, so ist schon vor der Gründung der NSD. vertreten hatten, lag für das Reichsbanner keine Veranlassung vor, an der demokratischen Auseinandersetzung dieser Partei zu teilnehmen. Aber je länger die Partei bestand, um so mehr zeigte sich in ihren Reihen eine solche politische Einstellung durch, die mit den Grundfäden des Reichsbanners nicht mehr zu vereinbaren war. Die deutsche Verfassungskonferenz wurde bekämpft mit Argumenten, die ohne Ausnahme sich im Widerspruch zu allen Reichsbannergrundsätzen befanden. Diese Verfassungskonferenz mit rechtsstaatlichen Verbänden führte, nachdem die Bundesversammlung auf dem Reichsbannerkongress in die Leitung der Partei

eingetreten war, zu engeren Verbindungen mit den im heftigsten Kampfe gegen das Reichsbanner stehenden Bündnis, antisozialistischen veröffentlichten Aufsätze im „Alten Deutscher“, dem Organ Düsterbergs, traten als Referenten in Versammlungen des Stahlkreises (Wannschweiz a. S.) auf. Der Oberbefehlshaber Reichlich des Zentralorgans der NSD. nahm den Führer des Bundes Oberland, Dr. Weber, als Mitredner seiner Zeitschrift „Der Widerstand“ auf. „Der Widerstand“ wurde offiziell als Organ des Bundes Oberland, der durch seine unerhörte Hege gegen das Reichsbanner das Verdienst des Reichsbannerkongresses in München veranlaßt hatte.

Diese Entwicklung zwang den Bundesvorstand zu dem oben wiedergegebenen Beschlusse, der in einem Teile der deutschen Presse auf das heftigste angegriffen wird. Mit ihm soll die Linie der Reichsbannerparteien verlegt worden sein und sich das Reichsbanner als „Schutztruppe der Sozialdemokratischen Partei“ gezeigt haben! Wir haben niemals ein Wort davon gesagt, daß das Reichsbanner hinter den republikanischen Parteien steht und die reichsbannerpolitischen Kräfte aller Parteistellungen unterstützen wird. Da soll es uns nichts angehen dürfen, wenn eine von der größten republikanischen Partei abgetrennte Gruppe den Kampf gegen diese Partei im ganzen Reich aufnimmt im Bunde mit den schärfsten Gegnern der Republik? In politische Auseinandersetzungen der republikanischen Parteien untereinander mischen wir uns nicht ein. Aber wir können nicht das moralische Gewicht unserer Organisation hinter Elemente stellen, die es für ihre Bundesgenossen im sächsischen Lager suchen. Wie die NSD. würden wir auch jede Abspaltung von einer anderen republikanischen Partei bekämpfen, die, wie die NSD., den Kampf gegen die Grundfäden unseres Staatslebens führt.

Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß obiger Beschlusse des Bundesvorstandes einstimmig gefaßt worden ist und daß auch sämtliche in der Bundesversammlung anwesenden Vertreter der Demokratischen und der Zentrumspartei für den Beschlusse in der dem Bundesvorstande veröffentlichten Fassung gestimmt haben.“

Der erste Utopist

Zu Thomas More's 450. Geburtstag

Von Karl Dörr

Karl Marx ist der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Thomas More der Begründer des utopischen Sozialismus.

Zwischen Karl Marx und Thomas More liegt die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Das ist ein gerader aufsteigender Weg. Von More über Fourier, Saint-Simon, Owen, Weitling zu Karl Marx. Diese Namen bezeichnen nicht nur entwicklungsgeschichtliche Meilen der sozialistischen Idee, sondern sind auch bedeutend für bestimmte Epochen in der geschichtlichen Entwicklung der proletarischen Klasse.

Thomas More veröffentlichte seine „Utopia“ 1516. Karl Marx den ersten Band des „Kapitals“ 1867. Zwischen 1516 und 1867 liegt nun die Entwicklung des Proletariats, liegt die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, ihr Erstarken, liegen ihre Siege, Niederlagen, liegt der Reizungsprozess des Proletariats, seine Aufwärtsentwicklung, seine Niederlagen, seine Siege und seine Organisation zur Klasse. Aus einer unselbständigen, almsüßempfangenden Schicht wurde eine aktionsreiche, bewußt kämpfende und machterobernde Klasse.

Marx überwand den utopischen Sozialismus.

Den Sozialismus, der eine neue Gesellschaftsordnung herbeiführen wollte durch Hilfe eines Fürsten, eines Millionärs, eines mächtigen Menschenfreundes; herbeiführen wollte nach einem ausgearbeiteten Plane, nach einem Idealbilde. Das war der Glaube an die willkürliche Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft durch Einsicht und Vernunft.

Thomas More überwand den feyerlichen (den religiös gebundenen, religiös opponierenden) Kommunismus.

Den Kommunismus, der nicht den gleichen Anteil an der Arbeit, der Produktion forderte, sondern nur den gleichen Anteil an der Güterverteilung. Das war der Kommunismus der Genossenschaft.

Den utopischen und wissenschaftlichen Sozialismus ist die Forderung nach Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln gemeinam. Thomas More und Karl Marx erkannten, daß die gesellschaftliche Ungleichheit und das Klassenverhältnis nur auf die ungleiche Verteilung der Produktionsmittel zurückzuführen ist. Während Thomas More aber diese gesellschaftliche Ungleichheit über die Sozialisierung der Produktionsmittel durch Hilfe einsichtiger Fürsten beseitigen wollte, beseitigen wollte nach einem gesellschaftlichen Idealplane, erkannte Karl Marx, daß das Klassenverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat nur aufgehoben werden kann durch den Klassenkampf.

Karl Marx untersuchte die kapitalistische Gesellschaft und die in ihr wirkenden Gesetze. Dadurch erhob er den Sozialismus zur Wissenschaft.

Thomas More kritisierte scharf und bitter die damaligen kapitalistischen Verhältnisse Englands und forderte die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln als alleiniges Hebel der gesellschaftlichen Ungleichheit.

Durch diese Forderung erhob er den feyerlichen Kommunismus zum utopischen Sozialismus.

Es war die größte Einsicht in die damaligen ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse, zu fordern, daß das Privateigentum beseitigt werden muß, wenn die Gesellschaft nicht untergehen soll. Dadurch eilte der Geist Mores weit dem Geiste seiner Zeit voraus. Ueber diese Erkenntnisse kamen selbst 200 Jahre später die großen Utopisten nicht hinaus; die mußten erst durch den wissenschaftlichen Sozialismus überwunden werden.

Thomas More war aber zu seiner Zeit ein Ufer in der Wüste!

Seine „Utopia“ wurde wohl gelesen, aber nicht verstanden, nicht für ernst genommen; man hielt sie für „das phantastische Gedankenpiel einer verräucherten Stunde“! Nicht für politisch diskutabel! Der Moresche Idealstaat war eine revolutionäre Forderung eines englischen Staatsmannes.

Die Forderung eines Idealisten und Utopisten! Utopien, es ist heute noch ein Nirgendland! Dort herrschen die Oberbolschewiken. Dreihundert an der Zahl. Ihnen sind die Wärlanden untergeordnet, die Vorsteher der Familien. Setzt sich doch Utopien aus 54 Gemeinwesen, Familien zusammen. Diese bilden eine Wirtschaftseinheit, Mittelpunkt Utopien. Demokratisch die Verwaltung. Bekannt schon die Volksabstimmung. Familien leben in der Stadt. Jedes Jahr vollzieht sich ein Wechsel zwischen Stadt und Land. Die Städter kommen aufs Land und die Bauern in die Stadt.

In Utopien gibt es eine sozialistisch organisierte Wirtschaft, eine sozialistisch organisierte Produktion, einen sechsständigen Normalarbeitslohn, allgemeine Arbeitspflicht, Schutzpflicht. Ein Land des Glücks und Wohlstandes!

Das sind nicht nur Träumereien, sondern Forderungen, die aus der Einsicht in die damaligen Verhältnisse wuchsen. Hätte damals eine proletarische Klasse im heutigen Umfang existiert, wäre Thomas More ein wissenschaftlicher Sozialist geworden, so aber war er geblieben an seine Zeit, seine Umwelt, und konnte nur fordern, ein Idealbild ausmalen, phantastisch erzählen lassen durch den weit-

Die Gesandtschaft als Verkehrshemmnis

Was es alles gibt!

Von Zeit zu Zeit wird man wieder einmal darauf aufmerksam gemacht, daß sich unser liebes Sachsen auch zwei Gesandtschaften leistet. Zwar kann der sogenannte Reichstag Sachsen kaum mehr als Staat angesprochen werden, doch über die Gesetzgebungsbevollmächtigte sind in sehr beschränktem Ausmaß geblieben, die Reichsversammlung nennt die sogenannten deutschen Einzelstaaten auch nicht mehr Staaten, sondern bezeichnet sie als Länder, aber trotzdem: zwei Gesandtschaften sind noch da, und zwar eine in Berlin und eine in München. Die Vertretung in Berlin ist sicher notwendig, um so mehr, als von ihr auch die Rechte Sachsen im Reichsrat wahrgenommen werden. Ob es noch zweckmäßig und richtig ist, dieser Vertretung die Bezeichnung Gesandtschaft beizulegen, erscheint uns sehr zweifelhaft, aber das ist schließlich Nebensache. Anders steht es mit der sogenannten Gesandtschaft in München, deren Zweck ein nur mit einem Reichstag verbundenen beschränkten Untertanenverband ausgerichteter Angelegenheiten kaum begreifen kann.

Wie vor kurzem mitgeteilt wurde, hat die sächsische Regierung erst jetzt wieder einen neuen sächsischen Gesandten in München ernannt, und zwar den Legationsrat erster Klasse Dr. Erich Gottschald in Dresden. Dieser wird mitgeteilt, daß das „Agreement“ in den nächsten Tagen in Bayern eingeleitet werden würde. Also die bayrische Regierung muß erst bemüht werden, ehe der Herr Dr. Gottschald seine anstrengende Tätigkeit in München beginnen kann.

Mit dieser Ernennung beschäftigte sich die Neue Leipziger Zeitung, die darauf hinweist, daß der sächsische Gesandtschaften, wie übrigens auch die andern innerdeutschen Gesandtschaften, schon in der Vorkriegszeit eine Hindernis für die Ruhe und Klarheit war. Das Blatt führt weiter unter anderem aus:

„Und diese Gesandtschaften, die schon vor dem Kriege das sächsische Getöse der deutschen Götter lärmend machten, erheben sich heute. Man hätte ihre Aufhebung, damals in Wien, einfach vergessen. Die Angelegenheit war viel zu unbedeutend. Und weil man sie nicht zum alten Schatz geworfen hätte, wohin sie doch zweifellos gehören, deshalb waren wir empfindlich überrascht, als wir einige Jahre nach dem Ausbruch dieses sächsischen Reichstages in München wahrnehmen mußten. Noch dazu auf dem Höhepunkte der Krise. Es war im Jahre 1923. Die Spannungen zwischen Nord und Süd waren sehr stark. Die Ehrhardt-Truppen standen bei Koblenz. Da kündigte der sächsische Gesandte in München öffentlich an, daß er die Beziehungen — zu Sachsen — nicht abbrechen, die ihm die ganze politische Richtung nicht passe. Sachsen ist ein Reich, das sich nicht als Provinz betrachten darf. Sachsen ist ein Reich, das sich nicht als Provinz betrachten darf. Sachsen ist ein Reich, das sich nicht als Provinz betrachten darf. Sachsen ist ein Reich, das sich nicht als Provinz betrachten darf.“

beziehung nun, mitten in dieser reizenden Strömung zum deutschen Einheitsstaat hin, hält es die sächsische Regierung für angebracht, wieder einen sächsischen Gesandten in München feierlich zu ernennen. Soll man nun lachen oder soll man sich wundern?

Es wäre wirklich sehr nett von der sächsischen Regierung, wenn sie ihren Volke einmal erzählte, was denn der gute Herr Gottschald in München eigentlich zu tun hat. Ist es seine Aufgabe, die sächsische Regierung über die Vorgänge in München zu unterrichten? Sollte die Geld-Regierung wirklich nicht wissen, daß es in Bayern Zeitungen gibt, aus denen man sich ohne teuren Gesandten über alle wichtigen Geschehnisse in Bayern unterrichten kann? Oder hält es etwa die sächsische Regierung für die Aufgabe ihres Gesandten, die Staatsgeheimnisse der weisblauen Republik des Erbprinzen Wappen zu erpähen, will sie sich durch den Mann rechtsseitig warnen lassen, wenn etwa wieder einmal gewissen Leuten in Bayern wie im Jahre 1923 die Luft ankommen sollte, gen Norden zu marschieren?

Vor kurzem erzählte der badische Minister Genosse Kemmle der staunenden Mitwelt, wenn er an die sächsische Regierung einen Brief schreiben wolle, so müsse er ihn erst an den sächsischen Gesandten nach München schicken, der dieses Brieflein dann nach Dresden weiterbefördere. Jetzt wissen wir's also: Die sächsische Gesandtschaft ist dazu da, zu verhindern, daß ein Brief der badischen Regierung zu schnell nach Dresden kommt. Ein regelrechtes Verkehrshemmnis! So hat wenigstens die Post einen Vorteil von dieser Gesandtschaft. Sie besorgt für Briefe der badischen an die sächsische Regierung zweimal Porto. Es mag ganz lobenswert sein, daß auf diese Weise die sächsische Regierung der Post etwas aufkommen läßt, aber wir könnten uns denken, daß dieser Zweck wesentlich billiger erreicht werden könnte, als durch Unterhaltung einer Gesandtschaft in München.

Wir haben bekanntlich eine Regierung, die durchaus sparen ausarbeiten lassen, sie hat also das Frägen getan. Wer da nicht zufrieden ist, ist ein unverbesserlicher Körper.

Amerika gegen U-Boote. Staatssekretär Kellogg teilte dem Auswärtigen Ausschusse des Repräsentantenhauses in Washington mit, daß die amerikanische Regierung bereit sei, mit sämtlichen Nationen einen Vertrag zu unterzeichnen, der den Gebrauch von U-Booten gänzlich verbietet. Gegen den Antrag auf Verbot der U-Boote sei nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß die U-Boote werden. Selbstverständlich könne ein Land unmöglich seine U-Boote abgeben, wenn deren Bau und Verwendung einem anderen Lande gestattet werde.